

Stunde der Wahrheit im Bundestag

Frauenquote jetzt entscheiden!

- **Frauen werden in der Wirtschaft benachteiligt. Zu wenige steigen in Führungspositionen auf.**
- **Deshalb brauchen wir eine Frauenquote für Vorstände und Aufsichtsräte von Unternehmen.**
- **Diese Woche stimmen wir im Bundestag über eine gesetzliche Regelung ab, die für beide Gremien feste Quoten einführt. So wird der Benachteiligung von Frauen ein Ende gesetzt und Gleichberechtigung verwirklicht.**

1. Ohne Quote bewegt sich nichts

In den Spitzenpositionen der Wirtschaft gibt es zu wenige weibliche Führungskräfte. So sind nur 13 Prozent der Aufsichtsräte in den 200 größten Unternehmen Frauen. Mehr als zwei Drittel davon sind Vertreterinnen der Arbeitnehmerseite. In den DAX 30 Unternehmen liegt der Frauenanteil in den Aufsichtsräten bei 19 Prozent. In den Vorständen der 200 größten Unternehmen sitzen nur 4 Prozent Frauen. Damit sind 90 Prozent der Vorstände reine Männerrunden. In den DAX 30 Unternehmen sind Frauen mit 8 Prozent auf der Vorstandsebene vertreten.¹

Bisherige Selbstverpflichtungen der Unternehmen haben nicht zu nennenswerten Veränderungen geführt. Schon 2001 haben sich die Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft gegenüber der Bundesregierung zur Erhöhung des Anteils von Frauen in Führungspositionen verpflichtet.² Mehr als zehn Jahre später hat sich nur wenig bewegt. Und daran wird auch der Stufenplan der Bundesregierung nichts ändern. Er verpflichtet Unternehmen, sich eigene Ziele für die Erhöhung des Frauenanteils in Führungspositionen zu setzen. Doch die Umsetzung ist freiwillig. Und nicht einmal die sogenannte Flexi-Quote, die Unternehmen die Selbstverpflichtung gesetzlich vorschreibt, wird aufgrund des Widerstands der FDP kommen.

Nur mit gesetzlichen Vorgaben wird sich etwas ändern. Und es muss jetzt gehandelt werden. Denn in diesem Jahr werden allein in den DAX-30-Unternehmen rund 80 Aufsichtsratsmitglieder neu bestellt. Auch in vielen M-DAX, S-DAX und Tec-DAX Unternehmen stehen Neuwahlen an. Mit der Frauenquote würde sicher gestellt, dass dieses Jahr den Auftakt für eine Trendwende bildet.

¹ Alle Zahlen sind dem Managerinnenbarometer 2013 des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) entnommen. Sie beziehen sich auf das Jahr 2012.

² Vereinbarung zur „Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Männern in der Privatwirtschaft. Unterzeichnet“ am 2. Juli 2001 von der Bundesregierung und der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), durch den Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), den Deutschen Industrie- und Handelstag (DIHK) und den Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH).

2. Die Zeit für ein Quoten-Gesetz ist reif

Am 18. April 2013 stimmt der Deutsche Bundestag über die Einführung einer gesetzlichen Frauenquote für Führungspositionen in der Wirtschaft ab.

Drei Gesetzentwürfe liegen dazu vor:

- **Der Gesetzentwurf der SPD-Bundestagsfraktion zur „Förderung der Chancengleichheit von Männern und Frauen in Wirtschaftsunternehmen“ schlägt die weitestgehende Regelung vor.** Er sieht eine geschlechtergerechte Besetzung von Vorständen und Aufsichtsräten börsennotierter und mitbestimmter Unternehmen vor. Ab 2013 soll für Neubesetzungen in Aufsichtsräten eine Mindestquote für Frauen von 30 Prozent gelten. In Vorständen müssen 20 Prozent erreicht werden. Ab 2015 ist ein Frauenanteil von 40 Prozent für Aufsichtsräte und Vorstände verpflichtend. Bei mitbestimmten Unternehmen müssen die Quoten jeweils auf Aktionärsseite und auf Arbeitnehmerseite eingehalten werden. Wird die Quote nicht erfüllt, bleiben die Sitze in Aufsichtsrat und Vorstand unbesetzt. Ein unterbesetzter Aufsichtsrat wird nach einem Jahr beschlussunfähig. Bei Vorständen gehen die Rechte danach auf den Aufsichtsrat über.
- **Der Gesetzentwurf des Bundesrates zur „Förderung gleichberechtigter Teilhabe von Frauen und Männern in Führungsgremien“ ist unterstützenswert.** Er wurde von den SPD-regierten Bundesländern Hamburg und Brandenburg in den Bundesrat eingebracht und hat dort eine Mehrheit erhalten. Auch die CDU-geführten Großen Koalitionen aus Sachsen-Anhalt und dem Saarland haben dafür gestimmt. Der Entwurf sieht eine Mindestquote für Aufsichtsräte von börsennotierten und mitbestimmten Unternehmen vor. In einer ersten Stufe sollen bis 2018 mindestens 20 Prozent der Aufsichtsratsmandate mit Frauen besetzt werden. Dies betrifft sowohl Arbeitnehmervertreter als auch Anteilseigner. Bis 2023 soll der Frauenanteil in Aufsichtsräten bei 40 Prozent liegen. Nur wenn das Unternehmen nachweist, dass nur ungeeignete Personen zur Verfügung stehen, kann von der Quote abgewichen werden. Ansonsten greifen Sanktionen. Dazu zählt die steuerliche Abzugsunfähigkeit von Aufsichtsratsvergütungen. Durch Berichtspflichten der Unternehmen wird öffentliche Aufmerksamkeit für die Erfüllung der Frauenquote geschaffen.
- **Der gemeinsame Gesetzentwurf der Bundestagsfraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen zur „Förderung gleichberechtigter Teilhabe von Frauen und Männern in Führungsgremien“ ist ein erster Schritt zu mehr Gleichstellung in der Wirtschaft.** Für die volle Verwirklichung bleiben wir bei dem Gesetzentwurf der SPD-Bundestagsfraktion. Der rot-grüne Gesetzentwurf nimmt die Regelungen des Gesetzentwurfs des Bundesrates auf.

3. Die Stunde der Wahrheit

Für die Befürworterinnen der Frauenquote in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion schlägt nun die Stunde der Wahrheit: Beweisen sie Rückgrat und stimmen für die gesetzliche Quote oder handeln sie gegen ihre Überzeugung?

- **Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen** sprach bisher davon, sie sei für die sofortige Entscheidung über die Frauenquote: „Seit Jahren ist die Erfolgsquote von Frauen beim Uniabschluss am höchsten - in den Chefetagen sitzen trotzdem über 90 Prozent Männer. Der erfolgreiche Mittelstand hat inzwischen 30 Prozent Frauen in der Führung, nur die großen Daxkonzerne haben es trotz großer Versprechen zehn Jahre lang versäumt, freiwillig Frauen angemessen in Vorstände und Aufsichtsräte zu berufen ... Deshalb brauchen wir jetzt eine Frauenquote.“³
- **Rita Pawelski, Vorsitzende der Gruppe der Frauen in der Fraktion der CDU/CSU** im Bundestag stellt fest: „Die Zeit ist reif für eine verbindliche und verpflichtende gesetzliche Regelung für die Besetzung von Führungspositionen in der Wirtschaft. Bisherige freiwillige Verpflichtungen haben sich unserer Ansicht nach als stumpfes Schwert erwiesen.“⁴
- Die **stellvertretende Generalsekretärin der CSU Dorothee Bär** betont: „Ich bin weiterhin für eine gesetzliche Quote.“⁵
- Die **Vorsitzende der Frauen Union Maria Böhmer** fordert: „Ohne mehr Frauen an der Spitze wird die Wirtschaft den Wettbewerb nicht bestehen. Wir fordern eine gesetzliche Regelung für eine Quote in Aufsichtsräten.“⁶

Hinzu kommt: Viele Abgeordnete von CDU und CSU haben bereits die Berliner Erklärung unterschrieben. Darin wird eine verbindliche gesetzliche Maßnahme zur Erhöhung des Frauenanteils in Entscheidungsgremien gefordert. Eine Frauenquote von mindestens 30 Prozent soll zunächst für die Aufsichtsräte von börsennotierten, mitbestimmungspflichtigen und öffentlichen Unternehmen gelten. Dorothee Bär und Rita Pawelski gehören zu den Initiatorinnen der Erklärung. Und Ursula von der Leyen, Maria Böhmer, Ingrid Fischbach und Maria Flachsbarth und vier weitere Abgeordnete von CDU und CSU haben sie unterschrieben.

Zudem weisen die Ministerpräsidenten CDU-geführter Bundesländer den CDU-Abgeordneten des Bundestages den Weg:

- Die **Ministerpräsidentin des Saarlands Annegret Kramp-Karrenbauer** sagt, sie sei „für das Druckmittel Quote in der Wirtschaft. Die Zeit der Freiwilligkeit ist vorbei.“⁷
- Der **Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt Reiner Haseloff** stellt fest: „Die Selbstverpflichtung hat bisher nicht gegriffen, und deswegen denke ich, ist Politik jetzt dran.“⁸

Für die Abgeordneten der CDU/CSU steht viel auf dem Spiel. Vor allem ihre Glaubwürdigkeit.

³ Bildzeitung, 10.04.2012

⁴ Pressemitteilung, 21.09.2012

⁵ Berliner Zeitung, 15.04.2013

⁶ Webseite der Berliner Erklärung: www.berlinererklärung.de

⁷ Webseite der Berliner Erklärung: www.berlinererklärung.de

⁸ Die Welt, 21.09.2012